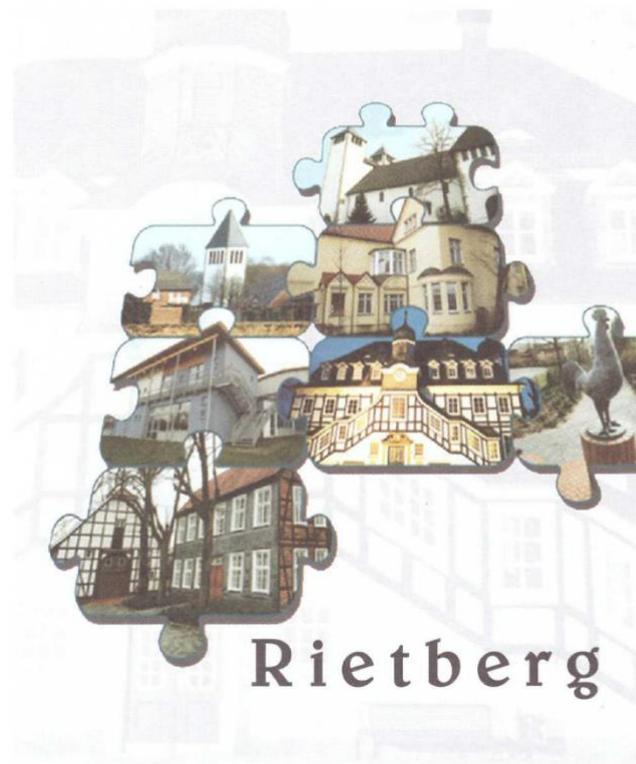


■
SPD-Fraktion
Im Rat der Stadt Rietberg
Mühlenstraße 16
33397 Rietberg

An den Bürgermeister
der Stadt Rietberg
Herrn Andreas Sunder
Rathaus Rathausstraße



. den 03.03.2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rietberg stellt zur nächsten Sitzung des **Ausschusses für Stadtentwicklung und Planung am 18.05.2021** und an den **Sport – und Sozialausschuss folgenden Antrag:**

Gewerbliche Investoren und auch Private Bauherrn, die im Geschosswohnungsbau investieren wollen, können von der Stadt Rietberg nur ein Grundstück erwerben, wenn sie sich verpflichten **ein Drittel der Wohnungen** als „Sozialwohnungen“ zu bauen.

Begründung:

Am 23. 2.2021 hat der Bürgermeister im ASP über die genehmigten Bauvorhaben mit mehr als 6 Wohneinheiten informiert. Das sind 250 Wohnungen in 2020 genehmigten Bauvorhaben. Für den Wohnungsmarkt ist das auf den ersten Blick ein Erfolg sein. Von diesen 250 Wohnungen hat die Stadt Rietberg nur ein Zugriffsrecht von 5 Wohnungen. Das ist das Problem, wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwache Mitbürger.

Immer mehr Wohnungen des „Sozialen Wohnungsbaus“ fallen aus der Sozialbindung , so dass immer weniger Sozialwohnungen zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang bitten wir den Bürgermeister auch, eine Übersicht über die zur Verfügung stehenden Wohnungen zu geben.

Es ist zurzeit unter dem Gesichtspunkt der aktuellen Zinssituation nicht lukrativ, sozial geförderte Wohnungen zu bauen. Durch die Vergabe von Grundstücken hat die Stadt dennoch Einfluss darauf, dass mehr Sozialwohnungen gebaut werden.

Nachdem die Stadt in den vergangenen Jahren sich weitgehend von ihrem Wohnungsbestand getrennt hat, was ein großer Fehler war, ist es jetzt unsere dringlichste Aufgabe, Zugriffsrechte auf preiswerte Wohnungen zu erhalten.

Junge Familien und einkommensschwache Bürger haben es schwer, hier eine **bezahlbare Wohnung** zu bekommen. Sozialwohnungen mit Kommunalem Zugriffsrecht helfen diesem Mangel zu begegnen.

Wir haben gleichzeitig die Pflicht den anerkannten Asylbewerbern eine angemessene Wohnung zu besorgen. Das kann nur gelingen, wenn es einen gesunden Mix von öffentlich gefördertem Wohnungsbau und privat finanziertem Wohnungsbau gibt. Um das zu erreichen, brauchen wir Mindestquoten von Sozialwohnungen als Voraussetzung dafür, wenn ein Investor von der Stadt Grundstücke erwerben möchte.

Für die SPD-Fraktion

Gerd Muhle